

Rohstoffpreise gefährden Brückenprojekt

Gemeinderat: Ersatzneubau in der Nähe des Eichenbühler Tennisheims soll aber wie geplant ausgeschrieben werden

Von unserem Mitarbeiter
SIEGMAR ACKERMANN

EICHENBÜHL. Ohne Gegenstimmen beschloss der Eichenbühler Gemeinderat in seiner Sitzung am Mittwoch, dass die Ausschreibung für den Ersatzneubau der Brücke am Regenüberlaufbecken am Tennisheim wie geplant durchgeführt werden soll.

Im Winter 2021/22 soll nach der bisherigen Planung der Ersatzneubau mit geschätzten Kosten von rund 400 000 Euro erfolgen. Geplant war, das Projekt sofort anzugehen. Demnach könnte im August die öffentliche Ausschreibung und Anfang September die Auftragserteilung erfolgen.

Rückbau bis Jahresende

In einem ersten Bauabschnitt sollte bis zum Jahresende der Rückbau der derzeitigen Brücke stattfinden und bereits parallel Fertigteile für die neue Brücke gefertigt werden. Der Bau könnte dann im neuen Jahr durchgeführt werden und je nach Witterung bis April 2022 abgeschlossen sein.

Das beauftragte Ingenieurbüro hat jedoch kürzlich die Gemeindeverwaltung auf die derzeit sehr hohen Rohstoffpreise hingewiesen und Bedenken geäußert, dass zu einem Zeitpunkt Angebote einge-



Rohstoffpreise gefährden den Zeit- und Kostenplan für den Neubau der Brücke am Regenüberlaufbecken nahe dem Eichenbühler Tennisheim.

Foto: Siegmar Ackermann

holt würden, bei dem die Preise am höchsten sind. Das Büro empfahl die Maßnahme um ein Jahr zu verschieben mit der Hoffnung, dass sich die Liefer- und Transportengpässe wieder normalisieren würden.

Angeführt wurde ein Beispiel mit Preiserhöhungen von 30 bis 50 Prozent »infolge höherer Gewalt«. Die Baufirma, die mit den letzten

Brückensanierungen der Gemeinde Eichenbühl beauftragt war, wurde auf Nachfrage der Gemeindeverwaltung um eine Einschätzung der Lage gebeten. Diese bestätigte die Preiserhöhungen im Rohstoffmarkt bei Stahl und auch bei Abdichtungsmaterial. Allerdings sei davon auszugehen, dass sich die Auftragslage der Baufirmen im Winter wieder entspan-

nen und dadurch die Mehrpreise beim Material kompensiert werden könnten.

Notfalls aufheben

Die Gemeindeverwaltung schlug den Räten deshalb vor, die Ausschreibung dennoch zu starten. Man habe die Möglichkeit, die Ausschreibung aufzuheben, wenn das günstigste Angebot die Kos-

tenschätzung um mindestens 20 Prozent übersteige. Wäre dies der Fall, müsste im nächsten Jahr erneut ausgeschrieben werden. Zu berücksichtigen sei hierbei, erläuterte Kämmerer Marco Schirmer, dass die Baukosten für den Ersatzneubau aus Mitteln der Stabilisierungshilfe des Jahres 2020 finanziert werden. Diese müssen bis Ende 2023 verwendet werden.